



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Wahlergebnisse

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der bisher bekannt gewordenen Vorschläge ist nicht zu trauen. Es sei an die Worte Trozkis noch vor wenigen Wochen erinnert, als er zur Verteidigung Petersburgs aufrief und eine Entscheidung im Weltkampfe des Bolschewismus auf der Weite des gesamten Erdballes, in England, China, Peking ankündigte. Ganz andere Gesichtspunkte vertreten die jüngsten Friedensbotschaften der Sowjetregierung. Danach wird ein Weltfrieden angestrebt. In dem damit ausgesprochenen Verzicht auf die Weltrevolution liegt das Bekenntnis des völligen Fiaskos der bolschewistischen Idee und in den angedeuteten Kompromissen das Eingeständnis des Bankrottes der bolschewistischen Wirtschaftspolitik. Ob die wirtschaftliche Lage wirklich so bedrohlich ist, daß sie auch zu einer Lähmung der militärischen Widerstandskraft führt, wird das nächste Feldzugsjahr lehren. Vorläufig sind die Aussichten für eine Beendigung der Kämpfe in absehbarer Zeit noch recht gering.

Wahlergebnisse



Das in Heft 45 der Grenzboten vorausgesagt wurde, ist eingetroffen: die Wahlen haben den französischen Sozialisten eine katastrophale Niederlage gebracht. Natürlich machen sie das neue Wahlgesetz dafür verantwortlich. Nicht ganz mit Unrecht. Schon bei der Abstimmung über die Wahlreform, die mit 334 gegen 121 Stimmen angenommen wurde, hatte der sozialistische Abgeordnete Manéras erklärt, daß sie für die Sozialisten verhängnisvoll werden würde, und als vollends herauskam, daß die Kosten für die Wahlen von den Parteien und nicht vom Staate getragen werden sollten, war es klar, daß die Sozialisten, die in Frankreich schlechte Beitragzahler sind, ins Hintertreffen geraten würden. Daß Manéras recht hatte, beweist u. a. der Umstand, daß die Sozialisten tatsächlich einen Stimmenzuwachs von etwa einer halben Million Stimmen zu verzeichnen haben und daß auf Grund des neuen Wahlgesetzes ein Kandidat mit 19 000 Stimmen (Daudet) gegen einen andern mit 36 000 Stimmen (Théry) durchgekommen ist. Aber die Sozialisten werden doch auch nicht leugnen können, daß zu einem großen Teil sie selber Schuld an ihrer Niederlage sind. Zunächst, weil die Parteidisziplin versagt hat. Zwar ist es auf den unterschiedlichen Kongressen gelungen, die Partei zusammenzuhalten, aber die Abstimmungsergebnisse und noch mehr die Reden, die dabei gehalten wurden, ergaben doch so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, daß die innere Schlagkraft der Partei aufs höchste gefährdet erschien. Und wenn diese Gegensätze auch immer mit Hilfe mühevoll redigierter Kompromisse und Vertrauensfundgebungen überkleistert wurden, so bleibt doch die Tatsache, daß derartige Bureaugeschreibsel politische Wirklichkeiten nicht zu beeinflussen vermag. Seitdem es deutlich wurde, daß die Partei der Parteeinheit zuliebe die äußerste Linke mit ihrem Bolschewistenprogramm nicht abschütteln wollte, rückte alles, was kleiner Rentner, kleiner sparsamer Handwerker und dergleichen war, sorgfältig von ihnen ab, die Austritte aus der Partei mehrten sich, Hervé gründete seine Nationalsozialistenpartei und der Regierung gelang es, nachdem auch die Royalisten sich zur Mitarbeit auf dem Boden der Tatsachen bereit erklärt hatten, den nationalen Block mit der Parole: Wider den Bolschewismus zu bilden. Damit hatte Clemenceau gewonnen. Spiel. An einzelnen Ergebnissen mag, wie gesagt, das Wahlgesetz schuld sein, aber im ganzen ergibt sich doch ein großer Ruck nach rechts, und der ist bei der Stimmung in Frankreich auch nur zu begreiflich. Man hat es noch nicht vergessen, daß die Linke für den Verständigungsfrieden gewesen ist und daß es nur der Energie Clemenceaus zu danken gewesen ist, wenn dieser Verständigungsfriede, dessen Ausfall man aus den von der französischen Regierung veröffentlichten, in Belgien zurückgelassenen Geheimakten mit deutschen annexionistischen Denkschriften, sowie aus der Praxis von Drest-Litowsk erschließen zu können glaubt, 1917 nicht zustande gekommen ist. Außerdem kann niemand behaupten, daß die

Vorgänge in Rußland, mögen sie auch dem französischen Publikum einseitig dargestellt werden, sowie in Ungarn und Bayern und die bisherigen Ergebnisse einer rein sozialistischen Orientierung in Deutschland, dazu angetan sind, in einem vorzugsweise agrarisch und bürgerlich gerichteten Lande wie Frankreich, das eine gewisse steife „Ordnung“ und eine durchsichtig zentralistisch orientierte Verwaltung über alles stellt, Begeisterung für Bolschewismus oder Regierungssozialismus zu wecken. Endlich ist den Sozialisten ihre Opposition gegen den Versailler Friedensvertrag, in dem der Bürger doch die einzige Rettung Frankreichs und — seiner Renten sieht, nicht vergessen. Mag diese Opposition auch keineswegs, wie ja auch in der Tat nicht der Fall, von Sympathie gegen die Deutschen, vielmehr vom Widerstand gegen Militarismus und Imperialismus diktiert sein, jetzt, wo infolge der amerikanischen Senatsdebatten der Völkerbund auseinanderzufallen droht, wo das ausländische Kapital sich immer mehr von Frankreich zurückziehen scheint, und England im Orient seine eigenen Wege geht, sieht der französische Bürger immer mehr ein, daß das Heil nicht in internationalen Verbündenskreisen, die 1914 so abolut versagt haben, sondern nur in nationalem Zusammenschluß bestehen kann. Es ist aber angesichts dieser Entwicklung doch wohl eine Frage berechtigt, worauf eigentlich gewisse Politiker ihre Hoffnung auf die Weltrevolution gründen wollen? Und ob es nicht besser sei, den Begriff der Weltrevolution aus ernsthaften politischen Diskussionen wegzulassen und in das Herbarium der Agitationsphrasen zu legen, wohin er gehört? Oder glaubt jemand ernsthaft, das ausländische Proletariat, das heute überall im wesentlichen nicht für eine neue Weltordnung, sondern um eigene materielle Interessen kämpft, würde diese eigenen materiellen Interessen verleugnen, um dem Proletariat eines andern, beispielsweise des deutschen Volkes, zuliebe, auf Schmälerungen der materiellen Vorteile verzichten, die ihm ein uneingeschränkter Besitz von Rohstoffen oder Machtmitteln sichert? Hat sich etwa irgendein englischer Proletariatsvertreter gegen die Scapa Flownote, die den Deutschen die fast letzte Möglichkeit des Wiederaufbaues nehmen will, ausgesprochen? Ist irgendein amerikanischer Proletariatsvertreter, um den deutschen „Brüdern“ Rohstoffe zu schenken, damit sie neue Lebensmöglichkeiten gewinnen? Selbst die deutschen Unabhängigen haben nicht den Mut aufgebracht, zugunsten der österreichischen Stammesbrüder in eine Verfüzung der eigenen Brottration zu willigen. Wenn nicht einmal diese Vorkämpfer der Weltrevolution den Mut zu einem geringen Opfer finden, können wir etwas ähnliches von den anderen erwarten?

Ein anderes bemerkenswertes Ergebnis der französischen Wahlen ist die weitgehende Erneuerung des parlamentarischen Personals. 250 alten Mitgliedern stehen 360 neue gegenüber. Nicht weniger als fünf Mitglieder der Regierung selbst, darunter der Minister und Großmeister der Freimaurer Lafarre sind durchgefallen, von bekannteren Parlamentariern unter anderen Longuet, der Neffe Karl Marx's, Raffin-Dugins, Brizon, Renaudel, Augagneur, Messimy, Franklin-Bouillon. Auch das kommt nicht überraschend. Es ist bezeichnend, daß sich gegen den parlamentarischen Klüngel und gegen den parlamentarisch eingesetzten Bürokratismus, der beim Wiederaufbau bis jetzt völlig versagt hat, eine eigene Partei in Frankreich gebildet hat, die *démocratie nouvelle*, über deren Erfolge zwar bis jetzt nichts bestimmtes verlautet, deren ideeller Sieg aber in der Niederlage der radikal und radikal-sozialistischen Partei, die den größten Teil der Verantwortung an den als mißlich empfundenen Zuständen trägt, zum Ausdruck kommt. Es gibt in Frankreich eine stark anwachsende Strömung, die nicht nur für Regionalismus und Dezentralisierung, sondern auch für Stärkung der Exekutivgewalt eintritt. Die Praxis der Besetzung der oberen Beamtenstellen durch Parteiparlamentarier hat entschieden Schiffbruch gelitten.

Aber Gewinn und Verlust der einzelnen Parteien Betrachtungen anzustellen, muß bei der Verschwommenheit der Wahlprogramme, bei dem Durcheinander der durch die Einstellung auf den Block entstandenen Kompromisse, unterlassen werden; genaueres läßt sich erst sagen, wenn die Kammer zusammentritt, die neue Regierung gebildet worden ist und die ersten Abstimmungen klarere Bilder

der Parteipolitik gegeben haben werden. Die Parteien sind keineswegs, auch wenn sie die alten Namen beibehalten haben, dieselben geblieben, die sie vor dem Kriege waren. Ein Prüfstein wird die Abstimmung über Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan sein. Die Antiklerikalen haben zwar bei den Wahlen der Blockbildung zuliebe ihre Gegensätze zu den Klerikalen zurückgestellt, andererseits ergibt sich die Notwendigkeit guter Beziehungen zum Vatikan nicht nur aus der Annexion von Elsaß-Lothringen, sondern vor allem aus der Entwicklung von Syrien. Gibt man aber hier nach, so werden auch die Antiklerikalen zurückstecken müssen, und es ist möglich, daß es über diese Frage zu einer neuen Kraftprobe zwischen rechts und links kommt. Wie sich die neue Kammer Deutschland gegenüber einstellen wird, ist noch nicht zu übersehen. Daß sie nationalistisch sein wird, ist klar, es fragt sich nur, ob man das nationalistische Interesse mehr darin sehen wird, Deutschland mit äußerster Erbarmungslosigkeit und auf die Gefahr hin, es völlig zu ruinieren, zur restlosen Erfüllung des Versailleser Vertrages anzuhalten oder darin, einen modus vivendi anzubahnen, der von beiderseitigem Interesse beiden Ländern die Wiedergenesung verbürgt. Es ist nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich, daß die Aufnahme der neuen Steuervorlagen, die dem französischen Steuerzahler ja erst die Lasten der Siege in voller Deutlichkeit ersatzbar machen werden, die neue französische Regierung zwingen wird, gegen den anscheinend säumigen Schuldner Deutschland mit den äußersten Zwangsmassregeln vorzugehen, sehr möglich, daß die neutralistische Bewegung im Elsaß, die Diskussionen über die Verwaltung und später die periodischen Räumungen der Rheinlande und des Saarbeckens diese Richtung immer wieder verstärken werden, es kann aber — besonders bei der Sprödigkeit des englischen und mehr noch des amerikanischen Kapitals, Frankreich beim Tragen seiner finanziellen Lasten zu helfen und bei der damit im Zusammenhang stehenden fortschreitenden Entwertung des Franken — auch so kommen, daß das Großkapital seinen Einfluß auf die Kammer in dem Sinne geltend macht, daß man sich entschließt, dem deutschen Kapital im gemeinsamen Interesse zu helfen. Wirklich sind ja beide Länder durch die Tatsache der Verwüstung Nordfrankreichs, von deren weitgehender Wirkung sich eigentlich nur der einen Begriff machen kann, der sie mit Augen gesehen hat, zu Gedeih und Verderb aneinandergesettet, es ist aber durchaus nicht, wie die Wirtschaftspolitiker zu glauben pflegen, der Fall, daß die Menschen immer das wirtschaftlich Vernünftigste tun. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein und es ist mehr als einmal in der Geschichte vorgekommen, daß politische Entschlüsse gegen wirtschaftliche Lebensinteressen ausgefallen sind. Jedenfalls besteht Anlaß genug, vor übertriebenem Optimismus in dieser Hinsicht zu warnen.

Für die belgischen und italienischen Wahlen charakteristisch ist, die Niederlage des Liberalismus und dementsprechend der Sieg der Sozialisten und (in Italien) Klerikalen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Klerikalismus in beiden Ländern neuerdings starke sozialistische Tendenzen aufweist, vor allem aber, daß auch hier die alten Parteien sich vielfach innerlich verändert haben. Die belgischen Sozialisten zum Beispiel verdanken ihren Erfolg, ein Mehr von 27 Sitzen, außer der Herabsetzung des aktiven Wahlrechts vom 25. aufs 21. Lebensjahr, einem relativ gemäßigten Programm, ihrer ausdrücklichen Stellungnahme gegen den Bolschewismus und — o Weltrevolution! — der Weigerung, nach dem Waffenstillstand die Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie wieder aufzunehmen. In welcher Weise sich die Regierung bilden wird, ist noch unklar, da keine Partei stark genug sein wird, für sich allein die Regierung zu übernehmen (gewählt sind 77 Katholiken, 67 Sozialisten, 33 Liberale, 3 flämische Aktivist, 3 Frontpartei, 2 Vertreter des Mittelstandes, 1 Nationalpartei), so wäre ein Block aus Katholiken und Sozialisten das Gegebene. Aber es ist fraglich, ob er zustande kommen wird. Die Sozialisten werden vielleicht ihre Bedingungen: Anerkennung des Achtstundentages und des Streikrechts usw. durchsetzen aber nicht geneigt sein, auf die Forderung der Katholiken: volle Ausübung des Frauenstimmrechts einzugehen.

Auch hat sich der sozialistische Abgeordnete für Antwerpen, Camille Huysmans, für oppositionelle Haltung der Sozialisten ausgesprochen, während Destree sowohl wie der Liberale Devèze für Bildung einer Koalitionsregierung sind. In diesem Falle wäre ein linksstehendes Regierungszentrum aus einem Teil der Sozialisten, der liberalen Linken und der demokratisch gerichteten „jungen Rechten“ möglich. Auch die Flamenpolitik kann dabei eine Rolle spielen, da man jedoch nicht übersehen kann, wie weit sich die einzelnen sozialistischen und vor allem die katholischen Abgeordneten auf die flämischen Forderungen festgelegt haben, läßt sich darüber noch nichts endgültiges sagen. Sicher ist nur, daß die Flamenpolitik auch parlamentarisch eine größere Rolle spielen wird als vor dem Kriege.

Noch schwieriger zu übersehen sind die Dinge in Italien, wo ebenfalls der größte Teil der Abgeordneten neu gewählt worden ist (kaum 160 Abgeordnete, darunter alle Sozialisten, sind wiedergewählt) und Gewinn- und Verlustkonten noch ausgesprochener sind. Die Liberalen sind von 310 auf 179, die Radikalen von 73 auf 39 zurückgegangen, die katholische Volkspartei von 27 auf 100, die Sozialisten von 52 auf 155 angewachsen. Für die wirkliche Volksstimmung ist das Ergebnis insofern nicht maßgebend, als allgemein über geringe Wahlbeteiligung geklagt wird, die in Rom beispielsweise knapp 40 Prozent betrug und auf die Kompliziertheit der Wahlmethode und die Einführung der den italienischen, auf die Persönlichkeit eingestellten Bedürfnisse wenig entsprechenden Listenwahl zurückgeführt wird. Der Erfolg der sehr radikal eingestellten Sozialisten ist in erster Linie auf das Ergebnis der für die Militaristen in der Tat peinlichen Karfreituntersuchung sowie auf d'Annunzios Fiume Abenteuer, das den Nationalisten verhängnisvoll geworden ist, zurückzuführen. Immerhin bildet aber der offenkundige Mißerfolg der Biolittianer Anlaß, dieses Moment nicht allzu stark einzuschätzen. Interessanter ist der Erfolg der Klerikalen, die diesmal, unter Billigung, ja Antrieb des Heiligen Stuhles, eine rege Wahlpropaganda getrieben haben, wobei die Absicht, einen Damm gegen den von links her drohenden Umsturz zu errichten, mitgewirkt hat. Auch hier ist keine Partei stark genug, die Regierung allein zu bilden, aber auch eine Blockbildung scheint schwierig. Es ist möglich, und der Bologneser Parteikongreß, auf dem der soziale Fortschritt eifrige Befürworter fand, scheint diese Vermutung zu bestätigen, daß innerhalb der katholischen Kirche Tendenzen bestehen, die neue Elementarbewegung des Bolschewismus in die Hand zu nehmen, teils um sie lenken zu können, teils um sich von ihr tragen zu lassen — auch in Deutschland soll es derartige Tendenzen geben — aber dagegen, daß es offen geschehen wird, spricht doch die Abhängigkeit des materiellen Bestehens der Kirche vom Kapital sowie sicherlich die eben jetzt wieder auftauchende Hoffnung, in Frankreich die alte Stellung zurückzugewinnen. Abgesehen davon aber haben die italienischen Sozialisten bis jetzt im „Avanti“ sowohl wie im Organ der Gewerkschaften getreu der Stellungnahme auf dem letzten Sozialistenkongreß alle Kompromisse mit den Bürgerlichen abgelehnt und „Avanti“ vom 22. hat sich sehr entschieden für Anerkennung der Sowjets, für eine Finanzpolitik gegen Kriegsgewinner und die großen Vermögen (die ja naturgemäß kommen muß) aber auch für weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Fabriken und Landwirtschaft ausgesprochen, so daß der „Osservatore Romano“ bereits begonnen hat, die Möglichkeit einer Annäherung von Klerikalen und Liberalen zu erörtern. Aber es ist nicht abzusehen, wie ein solches Bündnis, das die junge katholische Volkspartei schwer kompromittieren und die Opposition nur noch mehr erbittern würde, von Bestand sein sollte. Die Regierungsbildung liegt demnach hier völlig im dunkeln und die Entwicklung der Dinge in Italien kann noch die größten Überraschungen bringen. Sehr viel wird davon abhängen, wie die Sozialisten ihre neue Macht ausnutzen werden, viel auch von dem Geschick, mit dem die Krone ihre erschütterte Stellung zu verteidigen wissen wird. Auch auf die außenpolitische Stellung, die Italien auf Grund der neuen Wahlen einnehmen wird, darf man gespannt sein. Dringt die antimilitaristische Politik der Sozialisten durch, so ist Italiens außerpolitischer Gewinn im Weltkrieg gleich Null, seine

Stellung im Mittelmeer wird mehr denn je auf verstärkter Seerüstung beruhen müssen und die Südslawen werden, trotz ihrer inneren Uneinigkeit, noch lange ein gefährlicher Gegner zu Lande sein, es ist aber die Frage, ob die Sozialisten gegenüber den Bedürfnissen der italienischen Expansion, die hier unbestreitbar mit den Bedürfnissen des Proletariats zusammengeht, und die nach dem begehrten Kleinasien auf die Dauer nur möglich sein wird, bei starker Flottenstellung, ihre antimilitaristische Haltung durchweg beibehalten werden. Allerdings scheint es angesichts der immer mehr erstarkenden anatolischen Nationalistenbewegung, der gegenüber man sogar bereits die Räumung Smyrnas durch die Griechen zu erwägen beginnt, sowie infolge des glücklich zustande gekommenen französisch-italienischen Arbeitsvertrages möglich, daß der kleinasiatische Traum schwächlich zerrinnt und der italienische Auswandererstrom für die nächsten Jahre nach Nordfrankreich abgelenkt wird, wo man, wie einzelne gewichtige Stimmen beweisen, der langdauernden Beschäftigung starker deutscher Arbeitsheere mit dem größten Mißtrauen entgegenzusehen beginnt. In diesem Falle könnten die Sozialisten in ihrem Widerstand gegen starke Seerüstung beharren, was durchaus im Sinne Englands sein würde, das durchaus Interesse daran hat, die mögliche Herausbildung einer starken Mittelmeerkombination Frankreich-Italien zu verhindern.

Der Vollständigkeit halber sei noch das Ergebnis der rumänischen Wahlen mitgeteilt, wobei zu berücksichtigen ist, daß, unzweifelhaft mit Rücksicht auf die außenpolitische Stellung Bratianus, die konservativen Demokraten, die Take Jonescupartei, sich der Wahl enthalten hat, und daß das Parlament in Rumänien keineswegs die Bedeutung wie in andern Ländern hat. Im ganzen zeigt sich ein überwältigender Erfolg der Nationalisten und Bratianugefolschaft. Es errangen von 287 Sitzen im alten Reich die nationalistischen Liberalen 103, die Nationalisten 67, die Konservativen (Marghiloman) 13, die Bauernpartei 58, die Sozialisten 12 Sitze, von den 205 Sitzen im Banat und in Transsylvanien die Nationalpartei (Maniu) 146 (nach anderer Zählung 161), die Opposition (Ungarn, Schwaben, Bauern) 46 Sitze, während in Bessarabien 86 Nationalisten, 28 Bauernparteilerner und 1 Sozialist (in Kischinew) gegenüberstehen. Also trotz der Kriegswunden Sieg des Nationalismus auf der ganzen Linie!

Menenius

Neue Bücher

Das deutsche Nationaltheater. Fünf Vorträge, gehalten im Februar und März 1917 im Freien Deutschen Hochstift zu Frankfurt a. M. von Prof. Dr. F. Petersen, Leipzig 1919, B. G. Teubner. Zeitschrift für den deutschen Unterricht: 14. Ergänzungsheft. 106 S., 8°, geh. 4 Mark und Feuerungszuschlag.

Die vorliegende Arbeit gibt in fünf Kapiteln — Geistliches Theater, Volkstheater, Hoftheater, Nationaltheater, Festspieltheater — eine vorwiegend geschichtliche Darstellung der Entwicklung des Theaters und legt dabei den Hauptwert auf knappe, zusammenfassende Herausarbeitung der Grundzüge und des Sinnstrebens zum Gedanken des deutschen Nationaltheaters. Zwischen dem Halten dieser gediegenen Vorträge und dem Erscheinen liegen zwei Jahre. Während der Drucklegung ist eine alte, festgefügte Welt zerschlagen, sind damit Hoffnungen begraben worden, von denen die Ausführungen getragen waren. Gewiß haben wir jetzt ein Volkstheater bekommen, aber recht hat der Verfasser, wenn er im Vorwort schreibt, daß wir den geschichtlichen Verhältnissen auch im Theaterwesen nähergebracht sind, da wir um mehr als ein Jahrhundert zurückgeworfen sind. Es muß abgewartet werden, ob die neue Zeit, die die Hoftheater überreignet hat, auf dem Gebiete der Kunst das Nötige für die wiederaufzurichtende Nation schafft. Worte sind in unserer redefrohen Zeit dahingehend genug gefallen. In jedem Falle aber werden die Grundzüge der Entwicklung des Theaters die nötige Kenntnis für Verbesserungsvorschläge stärken können. Die Schrift des Verfassers ist